

# Protest gegen Truppenverlegung

Initiative ruft zur Demo auf – Senatssprecher: Bündnisverpflichtung gegenüber der Nato

von SUSANNE VAN VEENENDAAL

BREMERHAVEN. „Nein zum Säbelrasseln – Truppenverlegung stoppen!“ – mit diesem Appell wendet sich ein Zusammenschluss aus Initiativen, Linkspartei und Vereinen gegen die Verlegung einer US-Panzerbrigade ab Freitag, 6. Januar, über Bremerhaven. Die Friedensaktivisten wollen mit einer Demonstration gegen „den militärischen Aufmarsch gegen Russland“ protestieren. Eine juristische Handhabe gegen den Umschlag gibt es allerdings nicht.

2000 Panzer, Haubitzen, Jeeps und Lastwagen sowie 4000 Soldaten werden ab dem 6. Januar über die Seestadt nach Osteuropa verlegt. Neun Monate lang sollen dort dann Nato-Manöver stattfinden.

Angesichts der angespannten weltpolitischen Lage seien die Konsequenzen dieser Manöver kaum absehbar, kritisieren die Friedensaktivisten. Ins Leben gerufen wurde der Zusammenschluss unter anderem von der Bremerhavener Initiative „Mut zum Frieden“ und der Linkspartei. Mit dazu gehören auch das Bremer Friedensforum, die Sozialistische Alternative und der Verein für gleiche Rechte.

Was der Protest letztendlich bewirken kann und soll,



So wie auf diesem Archivfoto vom März 2015 dürfte es im Januar auf der ABC-Halbinsel im Kaiserhafen aussehen, wenn die US-Armee schweres militärisches Gerät auf Züge verladen wird.

FOTO: FRM/DPA

darüber gibt es, wie beim jüngsten Treffen am Montag deutlich wurde, bei den Aktivisten unterschiedliche Ansichten. Hintergrund ist zum einen, dass der Überseehafen zur Stadt Bremen gehört und nicht in den Zuständigkeitsbereich Bremerhavens fällt. Zum anderen, ist das Land Bremen – selbst wenn

es eine andere Meinung vertreten sollte, dazu verpflichtet, die Bundesrepublik als Nato-Mitglied bei ihrer Sicherheitspolitik zu unterstützen, wie Holger Bruns, Sprecher des Bremer Hafenstellers, erläuterte. Nichtsdestotrotz warnte Sebastian Rave vom Bremer Landesvorstand der Linken

davor, bei der Formulierung der Ziele zu tief zu stapeln und vertrat die Auffassung, dass die „Politik reagieren muss, wenn der öffentliche Druck groß genug ist“. Andere Friedensaktivisten äußerten ihre Erwartungen angesichts der rechtlichen Lage zurückhaltender. „Stoppen können wir die Sache nicht, höchstens zeitlich verzögern“, meinte der Bremerhavener Stadtverordnete Günther Matthiessen (Linke).

## › 900 Waggons voller Militärfahrzeuge

BREMERHAVEN. Auf der Bahnstrecke Bremerhaven-Bremen dürften bald zusätzlich zu den Container- und Autozügen wieder lange Züge mit Kampfpanzern zu sehen sein und dafür sorgen, dass die Schranken noch öfter geschlossen werden. Grund dafür ist die Verlegung der 3. US-Panzerbrigade (Third Amored Brigade) aus Fort Canson im US-Bundesstaat Colorado nach Polen. Am 6. Januar

soll das erste Transportschiff in Bremerhaven ankommen, zwei weitere werden folgen. Ziel ist die ABC-Halbinsel im Kaiserhafen. Dort werden die 2000 Fahrzeuge entladen: Kampf- und Schützenpanzer, Haubitzen, Lkw und Jeeps. Per Eisenbahn und in Militärkonvois auf der Straße geht es dann weiter nach Polen. Rund 900 Eisenbahnwaggons sollen nach Recherchen von Radio Bremen mit den militärischen Fahrzeugen beladen werden. Zum

genauen Ablauf macht die Umschlaggesellschaft BLG keine Angaben. Die in Bremerhaven stationierte 950. Transportkompanie der US Army bereitet sich seit Monaten auf die Aktion vor und wird von der Bundeswehr unterstützt. Das logistische Großprojekt im Kaiserhafen darf nicht das letzte dieser Art werden: Künftig soll alle neun Monate eine Brigade aus den USA nach Osteuropa und wieder zurück verlegt werden. (CHB)

**»Stoppen können wir die Sache nicht, höchstens zeitlich verzögern.«**  
Günter Matthiessen (Linke)

### Aktivisten setzen Hoffnung auf Hafengesetz-Änderung

„Wenn wir Glück haben, können wir die Diskussion anheizen“, sagte Werner Begoijn von der Initiative „Mut zum Frieden“. Dennoch dürfe nicht vergessen werden, dass Gesetze veränderlich seien, so Begoijn. Eine Hoffnung setzen die Friedensaktivisten dementsprechend auf eine Änderung des Bremischen Hafenbetriebsgesetzes der Bundesregierung beschlossen worden.

› Die Demonstration gegen die Truppenverlegung beginnt am Sonnabend, 7. Januar, um 12 Uhr an der Großen Kirche. Geplant ist, über die Alte Bürger bis zum Zolltor Rotersand zu laufen.